

# **STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL**



**der 07. Sitzung der**

**XXI. Gesetzgebungsperiode**

**des**

**Burgenländischen Landtages**

**Donnerstag, 19. November 2015**

**20.46 Uhr - 21.22 Uhr**

## **Inhalt**

### **Landtag**

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 735)

### **Landesregierung**

Budgetrede des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut B i e l e r (S. 735)

### **Beginn der Sitzung: 20 Uhr 46 Minuten**

**Präsident Christian Illedits:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 7. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. entschuldigt.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer Patrik Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

### **Mitteilung des Einlaufes**

**Schriftführer Patrik Fazekas:** Einlauf für die 7. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 19. November 2015.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016 (Zahl 21 - 133) (Beilage 187);
2. Beschlussantrag über die Kenntnisnahme des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 (Zahl 21 - 134) (Beilage 188).

**Präsident Christian Illedits:** Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zuweisung werde ich nach der Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, vornehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Absatz 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

### **1. Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016**

**Präsident Christian Illedits:** Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung betrifft die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Helmut Bieler (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Werte Mitglieder der Landesregierung! Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen heute meinen 16. Landesvoranschlag für das Burgenland vorlegen. – Er ist die konsequente Weiterentwicklung der erfolgreichen Finanzpolitik der letzten Jahre. Ein verlässlicher Garant, der das Land auch weiterhin auf ein festes Finanzfundament stellt.

Das Budget 2016 ist weit mehr als die zufällige Aneinanderreihung von Zahlen und Ziffern. Es ist ein Spiegel der Zeit, ein sozialer Gradmesser. Es ist für die Menschen dieses Landes da.

Die burgenländischen Haushaltspläne waren jedes Jahr aufs Neue Impulsgeber, die unser Land durch konsequente Arbeit und gezielte Maßnahmen zum Wachstumssieger, Investitions- und Konsolidierungsvorreiter gemacht haben. Die Vermögens- und Finanzkraft des Landes wird mit Bestnoten bewertet.

Nicht weil wir das sagen, sondern weil uns das eine der strengsten Ratingagenturen Standard & Poor's, im burgenländischen Ratingbericht vom 6. November 2015 bestätigt: Die Analysten von Standard & Poor's zeichnen das Burgenland wieder kurzfristig mit der bestmöglichen Bewertung A 1 + aus, langfristig mit AA. Der Ratingausblick ist stabil. Dieses Ergebnis dokumentiert solide und verantwortungsvolle Finanzpolitik.

„Positiv sehen wir die starke Wirtschaft des Landes Burgenland, seinen niedrigen Schuldenstand (inklusive Pensionsverbindlichkeiten), niedrige Eventualverbindlichkeiten und ein starkes Finanzmanagement“, heißt es im Bericht von Standard & Poor's.

Der Vermögens- und Finanzkraft des Landes wird in Kenntnis aller Verbindlichkeiten - auch der Tochtergesellschaften - dieses sehr gute Zeugnis ausgestellt. Das zählt in der Realwirtschaft!

Herr Präsident! Hohes Haus! Nach 16 Budgets haben wir als Team Erfahrung und Routine. Aber: Kein Budget davor war so sehr von den Veränderungen der Zeit, der Dynamik der Entwicklung in den verschiedensten Bereichen geprägt, wie dieses.

In den letzten Wochen und Monaten hat das Burgenland als Drehscheibe der Asylthematik und Tor der Hoffnung für flüchtende Menschen Geschichte geschrieben. Es heißt: In der Krise beweist sich der Charakter.

Wir Burgenländerinnen und Burgenländer haben Charakter bewiesen.

Vielen ist nach wie vor nicht bewusst, dass in unserem Land fast Übermenschliches geleistet wurde. Von den Hilfskräften, der Exekutive, der Bevölkerung und von Polizeidirektor Hans Peter Doskozil mit seinen hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich möchte mir nicht vorstellen, wie wir diese Ausnahmesituation ohne seinen unermüdlichen Einsatz, seine Professionalität, die nötige Konsequenz und vor allem sein besonderes Gespür, bewältigt hätten. Die vorbildliche und unermüdliche Arbeit der Hilfsorganisationen und freiwilligen Helferinnen und Helfer hat verhindert, dass Chaos - wie wir es jetzt leider in Spielfeld sehen - entstanden ist.

Rund 300.000 flüchtende Menschen sind seit Anfang September über die ungarische Grenze zu uns gekommen, die meisten haben das Land passiert und sind weiter gereist. Einige sind geblieben. Wir sind - so gut es geht - vorbereitet und haben die nötigen Vorkehrungen im Budget 2016 getroffen.

Der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck formulierte es sehr treffend: „Unser Herz ist weit. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich. (...) Wir werden den Zustrom von Flüchtlingen nicht verringern können - es sei denn, wir erhöhen unsere gemeinsamen Anstrengungen zur Unterstützung von Flüchtlingen in den Krisenregionen sowie vor allem zur Bekämpfung der Fluchtursachen.“

Tatsache ist: Es gibt keine burgenländische, auch keine nationale Lösung der Flüchtlingskrise.

Der fürchterliche Terroranschlag der IS-Milizen in Paris hat ganz klar aufgezeigt, wie Terror funktioniert und was damit bezweckt werden soll. Angst, Unsicherheit, Destabilisation und Entsolidarisierung von unseren humanistischen, westlichen Werten.

Bei all den Diskussionen, die diese Anschläge hervorrufen, dürfen wir aber nicht vergessen, dass Millionen von Menschen wegen dieser Mordmilizen der IS ihre Heimat verlassen und nach Europa flüchten.

Wir alle müssen uns hier und jetzt der Aufgabe und den Herausforderungen der Integration stellen. Bei allem Verständnis für die Notsituation muss auch eine Integrationsleistung der Flüchtlinge eingefordert werden. Toleranz für Intoleranz darf es bei uns nicht geben.

Unsere Werte wie Demokratie, Freiheit, Gleichstellung der Frau, Trennung von Kirche und Staat, Religionsfreiheit oder Solidarität stehen nicht zur Disposition.

In all den politischen Krisen rund um Österreich hat man sich auf uns verlassen können, nach der Ungarnkrise 1956, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989, nach dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Aber wenn die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten des Friedenssicherungsprojektes Europa versagt, dann fühlen wir uns verlassen - wegen der Trägheit der Prozesse und der Ideenlosigkeit.

Wir stemmen unseren Teil, auch im vergleichsweise kleinen burgenländischen Budget, halten uns an Maastricht-Vorgaben, berechnen unsere Gesamtschulden nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und befolgen europäische Gesetzgebungsmaßnahmen.

Aber Europa kann nicht nur einseitig fordern, es ist auch ein gemeinsames Geben notwendig! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Hang zum Zentralismus in der EU, aber auch im Bund nimmt immer mehr zu. Die Probleme im Kleinen werden ignoriert, bis sie so groß sind, dass man sie kaum bewältigen kann. Das haben wir im Bankenwesen gesehen, genauso wie jetzt in der Asylfrage. Leichter und erfolgreicher ist es, Probleme zu lösen so lange sie klein sind. Das ist ein Prinzip des Föderalismus.

Kleine Einheiten arbeiten effizient und sind flexibler.

Der Föderalismus darf nicht in Frage gestellt werden, auch wenn es dazu immer mehr Tendenzen und Strömungen gibt, denn Föderalismus ist - mit starken Regionen und festen Bindungen zu den Bewohnern - die Antwort auf die Forderung nach bürgernaher Politik mit und für die Menschen.

Man braucht sich nur die Kosten anzusehen: Zentralistisch verwaltete Staaten in Europa brauchen mehr Geld für die Verwaltung als föderalistisch organisierte. Während die eher zentralistisch regierten Länder Dänemark und Frankreich 30 Euro beziehungsweise 22 Euro pro Einwohner für die Verwaltung aufwenden, liegt die sehr föderalistisch vorgehende Schweiz hingegen bei 11 Euro pro Einwohner. Österreich liegt genau in der Mitte bei etwa 16 bis 18 Euro Verwaltungsaufwand pro Bürger. Das zeigt klar: Zentralismus ist teurer, dazu unbeweglicher und weniger bürgernah. Trotzdem gibt es seitens des Bundes derzeit ganz klar einen kräftigen Ruck in Richtung Zentralismus.

Besonders Finanzminister Hans Jörg Schelling ist offenbar kein Freund des föderalen Gedankens. Regelmäßige Versuche von Alleingängen enden in harten Auseinandersetzungen mit den Finanzreferenten der Länder.

Bei der neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) - die mehr Vergleichbarkeit der Finanzen der Länder bringen soll - wird versucht, seitens des Bundes massiv in Länderkompetenzen einzugreifen. Trotz inhaltlicher Einigkeit soll den Ländern im Rahmen einer, wie ich meine, nicht notwendigen Verordnung das Mitspracherecht entzogen werden.

Als Konsequenz seitens der Länder wurde bei der Landes-Finanzreferentenkonferenz in Bad Schallerbach in Oberösterreich der Beschluss einer gemeinsamen 15a Vereinbarung innerhalb der Länder zur VRV gefasst - bis 2020 wird

das Rechnungswesen der Länder umgestellt und damit transparenter und vergleichbarer gemacht.

Bei der HETA, der Hypo Abbaugesellschaft, bringt Minister Schelling den Finanzmarkt Österreich durch falsche Maßnahmen nachhaltig in Gefahr. Er trifft Entscheidungen mit Auswirkungen auf Bund und Länder - ohne mit einem der Landeshauptleute oder Finanzreferenten zu sprechen! Das hat es in der zweiten Republik noch nie gegeben und ist absolut inakzeptabel!

Durch einige Gesetzesänderungen (Generalvergleich mit dem Freistaat Bayern, Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, Finanzmarktstabilitätsgesetz, ABBAG [AbbaubeteiligungsAG]- Gesetz) werden sich die Ratings von Bund, Ländern, Städten und Banken verschlechtern und Finanzierungen dadurch teurer. Bankenexperten sprechen von einer Verteuerung um 90 Basispunkte.

Der jährliche Zinsaufwand von Ländern und Gemeinden würde sich dadurch um rund 300 Mio. Euro erhöhen. Das können wir als Ländervertreter nicht akzeptieren und haben gemeinsam den Konsultationsmechanismus ausgelöst. Morgen findet eine außerordentliche Finanzreferentenkonferenz mit Minister Schelling statt, bei der diese Thematik diskutiert wird.

Schwierige Vorzeichen gibt es auch für den Start der politischen Verhandlungen zum neuen Finanzausgleichsgesetz (FAG). Finanzminister Schelling will den Versuch starten, auf Kosten der Länder und Gemeinden das Bundesbudget zu sanieren.

Der Finanzminister hat es bereits öffentlich angekündigt und wieder einmal versucht, das Ergebnis der FAG Verhandlungen einseitig vorwegzunehmen: „2017 kommt ein völlig neuer Finanzausgleich, der auch zur Budgetkonsolidierung (des Bundes) beitragen wird.“ (Profil, 7. September 2015)

Eine klare Ansage angesichts der Verteilung der Schuldenlast des Gesamtstaates: Laut Statistik Austria betragen die Gesamtschulden des Staates 280 Mrd. Euro.

- 91,8 Prozent (rund 257 Mrd. Euro) entfallen davon auf den Bund. Der Schuldenstand ist im Vergleich zum Vorjahr, wegen der falschen Entscheidung rund um die HETA, weiter gestiegen.
- Nur 4,8 Prozent (rund 13,5 Mrd. Euro) tragen die Länder, 3,4 Prozent (9,5 Mrd. Euro) die Gemeinden und Sozialversicherungsträger. Länder und Gemeinden haben ihre Schulden verringert.

Die Verschuldung des Burgenlandes, bezogen auf das Bruttoregionalprodukt (BRP), liegt im Kernhaushalt bei weniger als 4 Prozent. Auch inklusive öffentlicher Einheiten nach ESVG sind es nur rund 14 Prozent.

Das zeigt: Kleine Einheiten sind effizient und wirtschaften erfolgreich. Schuldenmacher ist der Bund.

Eine weitere Lastenverschiebung auf Kosten der Länder darf es nicht geben. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und wie vom Bund gefordert konsolidiert. Nun fordern wir im Gegenzug einen fairen Finanzausgleich und keine „Bestrafung“. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ*)

Hohes Haus! Der Finanzausgleich ist einer der wichtigsten Eckpfeiler für die Erstellung des Landesbudgets, deshalb werde ich die FAG Verhandlungen als Finanzreferent für das Burgenland, gemeinsam mit allen Ländervertretern, mit der nötigen Konsequenz führen.

Die Ertragsanteile aus dem FAG sind nach wie vor die wichtigste Einnahmenkomponente des Landes. Im Jahr 2016 wird bei geschätzten Ertragsanteilen in der Höhe von 510,1 Mio. Euro eine Ausgabendeckung von 44,5 Prozent erreicht.

Aber seit Jahren halten die tatsächlich eingelangten Ertragsanteile nicht, was die vom Finanzministerium übermittelten Berechnungen versprechen – trotz vorsichtiger, sehr konservativer Budgetierung. Im derzeitigen Budgetvollzug sind wir mit prognostizierten Mindereinnahmen von über 7 Millionen Euro konfrontiert. Die Ertragsanteile für 2017 sind wegen des neuen Finanzausgleiches nicht abschätzbar, deshalb wurde für 2016 ein Jahres- und kein Doppelbudget erstellt. Wir sind aber übereingekommen, dass ich die nächsten Landesvoranschläge wieder als Doppelbudget vorlege, das getrennt für 2017 und 2018 im Hohen Landtag diskutiert und beschlossen wird.

Seitens der Länder wurden bereits bei der Einigung zur FAG Verlängerung bis Ende 2016 in Form eines Positionspapieres wesentliche Punkte paktiert, die bei den Verhandlungen mit dem Bund außer Diskussion stehen müssen:

1. Der Schlüssel zwischen Bund, Länder und Gemeinden im Verhältnis von rund 67 Prozent : 22 Prozent : 11 Prozent darf nicht zu Ungunsten der Länder verändert werden, beziehungsweise soll durch Beseitigung des grauen Finanzausgleiches wiederhergestellt werden.
2. Finanzausgleich, Krankenanstalten- und Pflegefinanzierung bilden eine Einheit.
3. Der Pflegefonds soll bis mindestens 2020 verlängert und der demographischen Entwicklung angepasst werden.

Bisher ist das Burgenland als ländliches Gebiet im horizontalen Finanzausgleich benachteiligt. Im Burgenland wird pro Einwohner weniger abgegolten, als im Westen oder in den Städten. Das ist nicht nur unlogisch, sondern auch unfair.

Im direkten Vergleich des Burgenlandes mit Vorarlberg zeigt sich: Eine Burgenländerin, ein Burgenländer ist dem „FAG“ pro Kopf um 420 Euro weniger wert, als eine Vorarlbergerin oder ein Vorarlberger.

Im Vergleich zu den oberösterreichischen Gemeinden erhalten die burgenländischen Gemeinden 184 Euro pro Einwohner weniger über den FAG.

Das Land Burgenland kompensiert durch niedrige Transferleistungen, - das sind Abgaben für gemeinsame Aufgabengebiete - die Belastungen der Gemeinden: Die burgenländischen Gemeinden zahlen 266 Euro pro Kopf weniger an das Land als beispielsweise in Oberösterreich.

Eine Studie des Zentrums für Verwaltungsforschung KDZ zeigt: Für ganz Österreich ergibt sich eine Verteilung der Pro-Kopf-Ausgaben auf Länder und Gemeinden von 61:39. Dieses Verhältnis beträgt im Burgenland 74:26!

Das heißt, im Burgenland finanziert das Land die gemeinsamen Aufgaben - zum Beispiel im Bereich der Sozialhilfe, Krankenanstalten, Kindergärten oder des öffentlichen Verkehrs - zu 74 Prozent, während die Gemeinden lediglich 26 Prozent dazu beitragen müssen. In Oberösterreich beziehungsweise Vorarlberg beträgt dieses Verhältnis 55:45.

Wir tragen mit diesem hohen Schlüssel bewusst dazu bei, dass die benachteiligten Gemeinden im Burgenland zusätzlich vom Land unterstützt werden.

Das Land Burgenland ist ein starker Partner der Gemeinden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Nach intensiv und konstruktiv geführten Beratungen und Verhandlungen der Regierungsmitglieder ist der Voranschlag 2016 eine starke und kraftvolle finanzielle Grundlage, um die großen Herausforderungen der Gegenwart zu meistern und die Anforderungen der Zukunft bewältigen zu können. Die positiven burgenländischen Wirtschaftsdaten sind die Früchte eines enormen Kraftaktes und der gemeinsamen Anstrengung innerhalb des Landes, denn die Wirtschaftsprognosen sind nach wie vor alles andere als rosig. Die konjunkturelle Entwicklung in Österreich verläuft sehr schleppend.

Rasend optimistisch waren die Wirtschaftsforscher schon bisher nicht: Das WIFO rechnete zuletzt für 2016 mit einem Wachstum von 1,4 Prozent, das IHS mit 1,6 Prozent.

Jüngste Parameter deuten allerdings eher darauf hin, dass diese Schätzungen zu optimistisch sind. Mittelfristig lautet die Prognose: „Mäßiges Wirtschaftswachstum mit hoher Arbeitslosigkeit.“ Das wirtschaftliche Wachstum in Österreich ist deutlich schwächer als in Deutschland und liegt unter dem Durchschnitt der Euro-Länder.

Die schwache Konjunktur spiegelt sich auch am Arbeitsmarkt wider. Österreich wies lange Zeit die geringste Arbeitslosenrate aller Länder des Euro-Raumes auf. Dieser Spitzenplatz ist leider verlorengegangen. Die Arbeitslosenquote wird heuer (nach EU-Definition) auf 5,3 Prozent steigen und 2016 trotz einer höheren Wachstumsrate auf diesem Niveau bleiben. Allerdings nimmt auch die Beschäftigung trotz der Konjunkturschwäche zu. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten wird heuer um 0,5 Prozent und nächstes Jahr um 0,7 Prozent zunehmen. Die Beschäftigung erreicht damit Höchststände.

Das Burgenland hat andererseits gemeinsam mit Oberösterreich und Salzburg Wirtschaftszuwächse über dem Österreich-Durchschnitt, heißt es in einer Konjunkturanalyse der Bank Austria. Österreichweit wird in dieser Analyse für das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 ein Plus von 0,9 Prozent erwartet. Im Burgenland gehen die Ökonomen von einem Zuwachs von mehr als einem Prozent aus.

Herr Präsident! Hohes Haus! In einer Zeit, in der sich Wirtschaftsprognosen ebenso schnell verändern wie Wetterberichte, müssen wir auch in der Budgeterstellung flexibel, beweglich und fortschrittlich sein. Fortschritt bedeutet, einen Schritt weiter zu gehen. Denn - viele Schlüssel der Vergangenheit passen nicht mehr auf die Schlösser der Zukunft.

Für den weiteren Aufwärtstrend des Burgenlandes werden wir seitens der Regierung Bewährtes fortführen, aber gleichzeitig Mut zur Reform zeigen – und mit einem starken und kraftvollen Budget 2016 gemeinsam neue Wege für eine erfolgreiche Zukunft beschreiten.

Das Budget wurde in diesem nach wie vor fragilen wirtschaftlichen Umfeld erstellt und von strengen europäischen und nationalen Haushaltsregeln beeinflusst. Ab dem Jahr 2016 darf es keine Überschreitung des Haushaltsergebnisses nach ESG (dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) geben.

Um diese Vorgabe erfüllen zu können und für die nächsten Jahre Vorsorge zu treffen, werden von der Burgenländischen Landesregierung folgende Ziele verfolgt:

- Stabile Finanzen,
- ein ausgeglichener Haushalt sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt,
- die Erfüllung der Kriterien des Österreichischen Stabilitätspaktes (ÖStP) 2012,

- ein kontinuierlicher Schuldenabbau ab dem Jahr 2016.

Mit dem eingeschlagenen Weg werden die an das burgenländische Budget gestellten Anforderungen nicht nur erfüllt, sondern zu einem Top-Ergebnis führen.

- 2016 streben wir im Kernhaushalt einen Maastricht-Überschuss von 35,6 Millionen Euro an.
- Im Gesamthaushalt - inklusive aller ausgegliederten Einheiten - ist ein Maastricht-Überschuss von rund 34,9 Millionen Euro geplant.

Die mittelfristige Finanzplanung zeigt ebenso deutlich, dass die Maastricht-Ziele (ESVG-Saldo zumindest Null) auch für die Jahre 2016 bis 2020 eingehalten werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Besonders geprägt war die Budgeterstellung 2016 von der Steuerreform 2015/2016, die am 1. Jänner 2016 in Kraft treten wird. Diese Steuerreform mit einem Volumen von insgesamt 5,4 Milliarden Euro bringt für 6,4 Millionen Österreicherinnen und Österreicher die größte Steuerentlastung der Zweiten Republik und zielt auf die Attraktivierung des Standortes Österreich ab.

Was heißt das für den Einzelnen? Bei einem Bruttoverdienst von 2.100 Euro monatlich sollen 900 Euro jährlich mehr in der Brieftasche bleiben. Die erhöhte Kaufkraft und die steigenden Arbeitsanreize durch Senkung des Steuerkeils sollen Wachstum und Beschäftigung stärken. Gleichzeitig führt die Steuerreform jedoch für die Länder zu einem Einbruch der Ertragsanteile - wir finanzieren die Steuerreform mit.

Das Burgenland erhält 2016 weniger Ertragsanteile in Höhe von rund 23 Millionen Euro. Um diese Mindereinnahmen zu kompensieren, wurde der bisher eingeschlagene Pfad von Einsparungs- und Reformmaßnahmen 2016 noch konsequenter fortgesetzt. Unantastbare „heiße Eisen“ gibt es nicht. Mit kühlem Kopf wird Mut zur Reform gezeigt. Ist das einfach? Nein. Finden wir trotzdem neue Wege wie es im Titel der Budgetrede steht? Ja! Die neue Regierung nutzt die Chance, Altlasten über Bord zu werfen und neue Strukturen zu schaffen.

Meine Regierungskolleginnen und Regierungskollegen und ich haben uns im Übereinkommen 2015 bis 2020 zu einer transparenten, effizienten und modernen öffentlichen Verwaltung bekannt. Die Landesverwaltung wird evaluiert und hinsichtlich möglicher Synergieeffekte hinterfragt.

Durch Abgrenzungen zwischen strategischen und operativen Bereichen werden Doppelgleisigkeiten abgestellt und Organisationseinheiten sinnvoll zusammengefasst. Zentrale Dienste (sogenannte „Shared Services“) werden effizient konzentriert, um Transparenz und Steuerungsfähigkeit zu stärken. Diese Maßnahmen zeigen bereits deutlich ihre ausgabendämpfende Wirkung beziehungsweise ziehen langfristige Einsparungseffekte nach sich.

Sämtliche Beteiligungen des Landes werden hinsichtlich ihrer Effektivität und Effizienz hinterfragt. Sofern zweckmäßig, werden Beteiligungen aufgegeben oder zusammengelegt. Die strategische Leitgesellschaft wird die Burgenländische Landesholding GmbH (kurz BLh), die zu 100 Prozent im Landeseigentum steht. Sie wird rund 170 Landesbeteiligungen in einem gläsernen Konzern vereinen.

Sie sehen, die Burgenländische Landesregierung zeigt Mut zu Reformen, mit einem klaren Bekenntnis zu politischen Verantwortlichkeiten und zeitgemäßer, konzentrierter Ressortverteilung. Dementsprechend werden in einem ersten Schritt

folgende gesetzliche Maßnahmen auf ihre Reformierbarkeit untersucht beziehungsweise bereits reformiert, so etwa

- das Raumplanungsgesetz;
- der Landschaftsschutz/Naturschutz;
- die Gemeindeordnung;
- das Tourismusgesetz;
- das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz.

Es sind derzeit rund 30 neue Gesetze in Diskussion, Vorbereitung oder Umsetzung – das sind so viele in so kurzer Zeit wie nie zuvor. Weitere Reformprojekte aus der umfangreichen Agenda der Regierungsmitglieder sind zum Beispiel:

- der Abbau der Bürokratie;
- die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping;
- die Förderung von angewandter Forschung und Innovation;
- die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Burgenland;
- die Schaffung eines Bildungsressorts im Amt der Burgenländischen Landesregierung.

2,8 Milliarden Euro werden bis zum Jahr 2020 im Rahmen des von der Regierung vereinbarten „Zukunftspakets Burgenland“ durch die öffentliche Hand investiert.

Ein wichtiger Teil davon sind die EU-Förderungen in der Gesamthöhe von 750 Millionen Euro, die bis zum Jahre 2020 in das Burgenland fließen werden. Die EU-Förderprogramme bilden jene Instrumente, die Wachstum und Beschäftigung im Burgenland nachhaltig forcieren.

Ein großes Projekt der nächsten Jahre wird auch die Haushaltsreform mit der Einführung der wirkungsorientierten Budgetierung nach doppelten Grundsätzen sein. Das Budget wird dadurch zu einem integrierten Steuerungselement, das sowohl Ressourcen als auch die damit finanzierten Wirkungen und Maßnahmen umfasst. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben die Zeichen der Zeit richtig gedeutet – waren und sind offen für Veränderungen - und haben Jahre früher als andere Länder mit einem sinnvollen Sparkurs den nötigen Spielraum für stabilisierende Investitionen geschaffen.

Trotz einer halben Milliarde Folgekosten aus dem Bank Burgenland-Erbe und 450 Millionen Euro Kosten für die Kofinanzierung von EU-Förderungen hat das Burgenland seine Schulden von 2001 bis 2015 von mehr als 355 Millionen Euro auf 278 Millionen Euro reduziert. Das obwohl von 2010 bis 2014 bewusst eine Neuverschuldung eingegangen wurde, um die Wirtschaftskrise abzufedern.

Ab 2015 gibt es im Burgenland keine Neuverschuldung. Mit dem Budget 2016 beginnt der Schuldenabbau. Die Schuldenquote des Burgenlands sinkt. Von 25 Prozent 2015 auf 24 Prozent 2016 und so wird es weiter gehen.

Wir haben erfolgreich konsolidiert und 125 Millionen Euro ausgabenseitig eingespart. Die Schuldenbremse - vom Bund vorgegeben -, wurde ein Jahr früher als gefordert, umgesetzt – dadurch konnte die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben

wieder geschlossen werden. Dieses Geld schaffte den notwendigen Spielraum, um gezielt in das Wachstum des Burgenlandes investieren zu können.

Die Investitionsquote liegt nun bei 20,3 Prozent - im Österreichvergleich ein Spitzenplatz. 232,6 Millionen Euro werden für Investitionen beziehungsweise für investitionsfördernde Maßnahmen aufgewendet. Diese Millionen sind Impulsgeber für Wirtschaft, Bildung, Tourismus, Infrastruktur, Arbeitsmarkt- und Wohnbaumaßnahmen. Das sind um 13,1 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Nicht umsonst bezeichnen Experten in ihrer Bundesländeranalyse unser Land folgendermaßen: „Allen Widrigkeiten zum Trotz ist der Standort Burgenland vom wirtschaftlichen Nachzügler zur ‚Sonnenseite Österreichs‘ erblüht“. Das Burgenland war 2012 und 2013 zweimal in Folge Wirtschaftswachstumssieger im Österreichvergleich, 2014 zweiter hinter Vorarlberg.

Die Konsolidierung ist seit Jahren unser ständiger Begleiter bei der Budgeterstellung – aber nicht auf Kosten der sozialen Sicherheit der Burgenländerinnen und Burgenländer. Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zu sozialer Budgetpolitik.

Zwei Drittel aller Ausgaben 2016 entfallen auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales beziehungsweise Wohnbauförderung und kommen somit direkt den Menschen im Lande zugute. Als Beispiel: 250 Millionen Euro werden in die Bildung der Burgenländerinnen und Burgenländer investiert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ab dem Jahr 2016 wird, wie prognostiziert, sukzessive mit dem Schuldenabbau begonnen. Der Stand der direkten budgetrelevanten Schulden des Landes wird im Jahr 2016 um 2 Millionen Euro reduziert und 276 Millionen Euro betragen.

Der Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2020 sieht eine Gesamtreduzierung der direkten Finanzschulden des Landes auf 280 Millionen Euro vor. Der Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2020 sieht eine Gesamtreduzierung der direkten Finanzschulden des Landes auf 268 Millionen Euro vor.

Die erforderlichen Kreditfinanzierungen erfolgen ausschließlich beim Bund, abgewickelt von der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) und bei der Bgld. Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG (BVOG).

Der Maastricht-Schuldenstand des Gesamthaushaltes inkl. selbsttragender ausgegliederter Einheiten wird im Jahre 2016 rund 1,048 Milliarden Euro betragen. Im Schuldenstand der Folgejahre wurde bereits der Neu- und Ausbau des Krankenhauses Oberwart berücksichtigt.

Eine Neuerung gibt es im Budget 2016 bei der Darstellung der Haftungsobergrenze. Aufgrund der Anregungen des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes sowie des Bundes-Rechnungshofes hat das Land Burgenland sowohl im Nachtragsvoranschlag 2015 als auch im Landesvoranschlag 2016 anstatt der Gewichtung der Haftungen nun eine absolute Höchstgrenze festgelegt: Die Höhe aller Haftungen – unabhängig von der Bezeichnung des Rechtsverhältnisses (Bürgschaft, Garantie etc.) – darf nun einen Höchstbetrag von 2,7 Milliarden Euro nicht übersteigen. Die bis 2017 abreifenden Haftungen für die Bank Burgenland, (1,2 Milliarden Euro Ende 2015) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber der Kommunalkredit Austria AG und der Wohnbau Burgenland GmbH sind in dieser Summe enthalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Erstellung des Landesvoranschlages 2016 wurden neue Wege von einer Regierung beschritten, die sich als soziale Reformpartnerschaft versteht. „Sparen um jeden Preis“ ist nicht unser Ziel. Jeder/jede meiner RegierungskollegInnen geht mit dem Investitionsvolumen seines/ihrer Globalbudgets eigenverantwortlich und mit Bedacht um. Einsparungsmaßnahmen sind gut durchdacht, Investitionen werden gezielt nach Schwerpunkten gesetzt.

Der 2011 eingeschlagene Sparkurs wurde noch konsequenter fortgesetzt. Jedes Regierungsmitglied musste in seinem/ihrer Globalbudget Einsparungen in Höhe von 2,6 Prozent, berechnet vom Rechnungsabschlusswert des Vorjahres, erzielen. Die Kreditsperre wurde bei Ermessensausgaben von 12 Prozent auf 15 Prozent angehoben.

Gleichzeitig war es notwendig, alle Aufgaben kritisch zu hinterfragen und notwendige Reformen einzuleiten oder umzusetzen. Weiters müssen neue Einnahmelmöglichkeiten ausgelotet werden, um bereits jetzt Vorsorge für das Budget 2017 zu treffen.

Hohes Haus! „Budgeterstellungs-Zeit“ ist immer mit besonderen Belastungen und Stress verbunden. Es ist mir daher ein besonderes Anliegen abschließend aufrichtige Worte des Dankes zu sagen: An alle, die Ideen, Kompetenz, konzeptionelle Anstrengung eingebracht und harte Detailarbeit geleistet haben.

Budgetpolitik ist kein Einzelkampf sondern Teamarbeit! Ich danke den Mitgliedern der Landesregierung, mit Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz an der Spitze, für die disziplinierte Zusammenarbeit bei der Erstellung des Landesbudgets 2016. Es war keine einfache Aufgabe. Das gesamte Regierungsteam hatte große Herausforderungen zu bewältigen und dabei viel Verantwortungsbewusstsein gezeigt. Ich danke Euch!

Ebenso herzlich bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzabteilung, allen voran bei Hofrat Dr. Engelbert Rauchbauer sowie bei Mag.a Monika Stiglitz, bei OAR Uschi Fercsak, bei Hans Halwax und dem gesamten Team für die hervorragende Arbeit und die vielen investierten Nacht- und Wochenendstunden. Es ist keine Selbstverständlichkeit ein Team wie Euch zu haben. Liebe Monika - ich wünsche Dir viel Erfolg für Deine neue Aufgabe!

Ich danke auch allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Hauses, die an der Gestaltung dieses Landesvoranschlages in den einzelnen Abteilungen mitgewirkt haben. Ein besonderes Dankeschön für die Unterstützung an mein Büroteam. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Im Besonderen möchte ich mich bei meiner Büroleiterin Isabell Strobl bedanken, weil sie meine mitunter abstrakten Vorgaben immer wieder verständlich und treffend zu Papier bringen kann und neue Ideen und Sichtweisen einbringt. Danke Isabell. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Landesvoranschlag für das Jahr 2016 und der Finanzplan für die nächsten fünf Jahre liegen Ihnen vor. Sie haben die Möglichkeit, die Regierungsvorlagen ausführlich zu studieren.

Der ordentliche Landesvoranschlag 2016 ist inklusive einer Schuldentilgung in der Höhe von 2 Millionen Euro ausgeglichen. Einnahmen in Höhe von 1.145.268.200 Euro stehen Ausgaben in gleicher Höhe gegenüber.

Die Einnahmen und Ausgaben im Landesvoranschlag 2016 haben sich gegenüber dem Landesvoranschlag 2015 um 43,1 Mio. Euro erhöht.

Die größten Einnahmensteigerungen liegen in den Bereichen Unterricht, Soziales, Gesundheit und Finanzwirtschaft. Die größten Ausgabensteigerungen in den Bereichen Unterricht, Soziales und Gesundheit können teilweise durch analog einhergehende Einnahmensteigerungen sowie durch Einsparungen im Verwaltungsbereich und durch eine restriktive Ausgabenpolitik bei den Ermessensausgaben ausgeglichen werden.

Der außerordentliche Landesvoranschlag 2016 sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 24.600.000 Euro zur Kofinanzierung der EU-Förderkulisse vor. Die Fondsgebarung ist im Landesvoranschlag 2016 mit 3.658.000 Euro ausgeglichen.

Hohes Haus! Das Budget 2016 ist der interne Stabilitätspakt für das Burgenland. In konkreten Zahlen dargestellte Politik, mit neuen Wegen in eine erfolgreiche Zukunft.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich ersuche Sie, dem Budget 2016 und dem Finanzplan 2016-2020 Ihre Zustimmung zu geben. Ich danke Ihnen! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

**Präsident Christian Illedits:** Ich danke dem Herrn Landesfinanzreferenten. Die Regierungsvorlagen Zahl 21-133, Beilage 187 und Zahl 21-134, Beilage 188, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden.

Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages, und zwar der Budgetlandtag, für den 9. und 10. Dezember 2015 vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 21.40 bei mir im Büro statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

**Schluss der Sitzung: 21 Uhr 22 Minuten**